

## **Autostandorte erhalten, Karmann schützen, der Region nützen!**

Die Zeichen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stehen auf Wachstum. Die Unternehmensgewinne der Großkonzerne erreichen immer neue Rekordmarken. Trotz dieser positiven Lage erleben die abhängig Beschäftigten Tag für Tag wie Arbeitsplätze abgebaut werden. Soziale Standards werden mit dem Verweis auf die so genannte Globalisierung auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert, soziale Auffangnetze, wie die Arbeitslosenversicherung werden durchlöchert. Existenzängste der Belegschaften werden genutzt, um tarifliche Normen auszuhebeln. Insbesondere in der Automobil- und Zulieferindustrie stehen die Beschäftigten unter einem erheblichen Druck.

Ob bei Karmann, VW, Opel oder Daimler Chrysler, ob bei Konzernen oder mittelständischen Zulieferern, Arbeitsplätze, Abteilungen und ganze Standorte sind von Abbau, Verlagerung oder Schließung bedroht. Über die unmittelbar bedrohten Beschäftigten und ihre Familien hinaus betrifft dieses Tausende von Arbeitsplätzen bei Zulieferern, im Handwerk und im Handel. Ganze Automobilregionen, wie z. B. die Region Osnabrück sind in ihrer wirtschaftlichen Substanz bedroht.

Die Schaffung riesiger Überkapazitäten, insbesondere in Osteuropa, Produktivitätssprünge und die stagnierende Nachfrage sind die Hauptursachen für diese Situation. Die Vorstände der Automobilkonzerne wälzen diese Probleme auf die Belegschaften und die Regionen ab. Standorte und Belegschaften werden gegeneinander ausgespielt. Wir erleben gerade aktuell bei der Fa. Karmann: bei der Vergabe von Aufträgen kommt es nicht auf den fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen an. Die Menschen in den Billiglohnländern Osteuropas sind aufgrund ihres geringeren Lebensstandards erpressbarer und die großen Automobilkonzerne nutzen diesen Sachstand gnadenlos aus. Hier ist insbesondere die europäische Politik gefordert:

### **➔ Wir fordern die EU-Kommission auf, ein "Automobilpolitisches Programm" zu entwickeln. Hierzu gehören:**

- **Die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen**
- **Soziale Mindeststandards, insbesondere in den Billiglohnländern**
- **Gerechtigkeit bei Steuern und Abgaben**
- **Keine Subventionen zum Aufbau neuer Produktionskapazitäten**
- **Eine politische Einflussnahme auf die Vergabe von Produktionsvolumen, z. B. analog der Stahlquotenregelungen in den 80-er Jahren zur Bereinigung der Stahlkrise**

Solche Ziele sind weder kurzfristig; noch in einzelnen Betrieben oder Standorten zu erreichen. Ihre Durchsetzung erfordert koordinierte konzern- und branchenweite Aktionen der IG Metall. Wir fordern den Vorstand der IG Metall auf, hierzu Konzepte zu entwickeln. Zentrale Ziele dieser Strategie müssen sein:

- **Die Sicherung aller Standorte der Automobil- und Zulieferindustrie bei einer Erweiterung der Mitbestimmung**
- **Die Entwicklung von strategischen Partnerschaften zwischen der Automobilindustrie und den Zuliefererbetrieben**
- **Sicherung des sozialen Status der Arbeitnehmer**
- **Ausbau des Kündigungsschutzes: Keine Massenentlassungen bei wirtschaftlich gesunden Unternehmen**
- **Verteidigung der 35-Stunden-Woche in der Fläche und weitere Arbeitszeitverkürzungen statt Stellenabbau**
- **Gründung eines Branchenaktionsausschusses**

**Beschlossen auf der Delegiertenversammlung am 20. März 2006 in Osnabrück.**